

(Ramona Pop)

treffen, sagen Sie. Bei allem Respekt vor Freundschaft und Loyalität, aber wenn politische Amtsträger, gar Staatsorgane, sich gegenseitig aus Loyalität decken, wird aus Loyalität schnell Kumpanei oder gar Vetternwirtschaft.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Beifall von Heiko Herberg (PIRATEN)
und Oliver Höfinghoff (PIRATEN)]

Als die Angelegenheit öffentlich wurde, kam es dann doch zum unvermeidlichen Abgang des Staatssekretärs. Damit ist erst recht der Eindruck entstanden, dass da gemauschelt und verheimlicht wird. Es ist der Eindruck entstanden: Steuerbetrug ist im Roten Rathaus akzeptabel, und zwar so lange, wie die Öffentlichkeit davon nichts erfährt. – Das finde ich unerhört.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Als man dachte, schlimmer geht's nimmer, wurde es tatsächlich schlimmer. Letzte Woche wurde Staatssekretär Schmitz entlassen, aber an diesem Dienstag nun die Rolle rückwärts: Aus der Entlassung wurde ein mit Steuergeld weich gepolsterter Ruhestand. Das setzte dem Ganzen die Krone auf. Dieses letzte Kapitel hat endgültig gezeigt, dass Peinlichkeit in Berlin den Namen SPD trägt.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Herr Wowereit! Sie haben den Eindruck nicht entkräften können, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin in Sachen Steuerhinterziehung mit zweierlei Maß misst. Das schadet unserer Stadt und beschädigt das Vertrauen in die Politik, wenn nur noch der Eindruck vorherrscht: Die da oben sind sich immer selbst die Nächsten. – Wir sehen es auch in der großen Koalition auf Bundesebene, wenn die Politik die staatlichen Institutionen für eigene Zwecke missbraucht und keinerlei Unrechtsbewusstsein dabei zeigt, wenn der Eindruck entsteht, dass die Gesetze nicht mehr für alle gelten und die Politik sich selbst über Recht und Gesetz stellt.

Ich frage mich, ob Sie überhaupt noch etwas merken. Wie abgehoben sind Sie eigentlich? Herr Wowereit! Nicht nur, dass Sie selbst Ihren vielbeschworenen Mentalitätswechsel, mit dem Sie 2001 angetreten sind, vergeigt haben, und zwar richtig, sondern wie wollen Sie eigentlich noch jemandem erklären, dass Haushaltsdisziplin oder verantwortlicher Umgang mit öffentlichen Geldern von Bedeutung sind? Sie haben Ihre Glaubwürdigkeit und die der SPD in Sachen Steuergerechtigkeit gnadenlos verspielt.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Nicht zuletzt frage ich mich, ob Sie selbst tatsächlich so unglaublich geschickt alles aussitzen, wie es jetzt heißt, um bloß im Amt zu bleiben, oder ob man Sie dafür bedauern muss, dass Sie schlichtweg im Roten Rathaus

bleiben müssen, weil die SPD einfach noch keinen anderen gefunden hat.

[Christopher Lauer (PIRATEN):
Oder keine andere!]

Vizepräsident Andreas Gram:

Sie müssten langsam zum Ende kommen, Frau Kollegin!

Ramona Pop (GRÜNE):

Ich finde es unfassbar, dass unsere Stadt für die SPD-internen Machtkämpfe inzwischen in Geiselhaft genommen wird. Doch bald ist Europawahl. Da wird sich schon zeigen, was die Bürgerinnen und Bürger davon halten.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön, Frau Kollegin Pop! – Für die Fraktion der SPD hat jetzt Kollege Schneider das Wort. – Bitte sehr!

Torsten Schneider (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Pop! Wie man eine solche Gelegenheit mit einer solchen Rede derart versammeln kann, müssen Sie mal Ihrer Fraktion erklären. Ich fand das jedenfalls nicht besonders bemerkenswert.

[Beifall bei der SPD –
Zurufe von den GRÜNEN]

Ich will zu Ihrem Antrag reden und mich nicht an der Polemik beteiligen. Der Antrag enthält in Punkt 3 die Forderung:

Das Land Berlin muss Steuerhinterziehung durch mehr Steuerprüfungen und mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer erschweren.

Das finde ich sehr positiv und unter zweifachem Gesichtspunkt bemerkenswert.

[Uwe Doering (LINKE):
Dann können sie ja zustimmen!]

Erstens – Sie haben es ja schon angedeutet – haben Sie den Koalitionsvertrag von Rot-Schwarz abgeschrieben, und zweitens wirft es die Frage auf, warum Sie dann dem tätigen Handeln dieser Koalition, als wir im Doppelhaushalt 2012/2013 75 neue Stellen geschaffen haben, entgegengetreten sind. Das müssen Sie für sich beantworten.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

Wir haben nicht nur 75 neue Stellen für Betriebsprüfer geschaffen. Wir setzen das auch fort: Wir schaffen ein neues Finanzamt für die Steuerfahndung. Auch da müssen Sie Ihre Haltung im Hauptausschuss einmal über-

(Torsten Schneider)

prüfen – bisher habe ich da keine Begeisterung vernommen, sondern eher Sperrfeuer.

[Zuruf von Ramona Pop (GRÜNE)]

Wir müssen uns jedenfalls von Ihnen in dieser Frage nicht belehren lassen.

[Beifall bei der SPD –
Uwe Doering (LINKE): Doch!]

Ich komme zum zweiten Allgemeinplatz: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Ich finde bemerkenswert, dass Sie hier den Regierenden Bürgermeister zitieren. Aber auch da bekommen Sie von uns völlig uneingeschränkte Zustimmung.

Ich möchte Ihnen aber auch sagen – und das richtet sich jetzt nicht an die Opposition, sondern an einen Anwaltsverband –: Ich finde es inakzeptabel, dass jetzt als Mitnahmeeffekt die Gelegenheit ergriffen wird, unsere Steuerbehörden mit Allgemeinplätzen zu diskreditieren, sie würden zu schnell agieren oder zu falsch vorgehen. Ich glaube, da wird eine sehr verantwortungsvolle Arbeit geleistet. Ich glaube auch, dass wir Politiker, aber auch insbesondere diese Interessensverbände, gut beraten sind, nicht nur die Forderung zu erheben, dass eine dichte Betriebskontrolle stattfindet, sondern sie auch zu leben und sie für uns selbst, aber auch für alle anderen zu begrüßen und als Bereicherung zu empfinden. Denn das gehört zu unserem Rechtsstaat, und da ist jede Polemik völlig unangemessen.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Zurufe von den GRÜNEN]

Das wirft jetzt die Frage auf: Warum schreiben Sie solche Allgemeinplätze auf? – Da gibt es eine taktische Antwort: Sie wollen es möglicherweise insbesondere dem Koalitionspartner schwermachen, den eigentlichen Kern dieses Antrags zu identifizieren und den Antrag abzulehnen. – Ich spiele den Ball zurück: Wenn es Ihnen wirklich ernst ist und auch Sie erkannt haben, dass wir bei den Steuerbehörden tatsächlich substanziell arbeiten müssen, dann trennen Sie Ihren Antrag von dem, um das es hier eigentlich geht, und dann finden Sie in uns Verbündete – der Vorsitzende der CDU-Fraktion hat es heute schon erklärt –, dann dürfen Sie unseren Weg mitgehen und uns unterstützen. Machen Sie einen Sachantrag daraus! Aber das wollen Sie natürlich nicht, sondern Sie taktieren in dieser Sachfrage.

[Zuruf von den GRÜNEN]

Ich komme zu dem, um das es hier eigentlich geht:

Das Abgeordnetenhaus stellt fest: Es ist inakzeptabel, dass ein Staatssekretär sich der Steuerhinterziehung schuldig macht.

Das unterschreibt das gesamte Abgeordnetenhaus unbezweifelbar, weil es nämlich inakzeptabel ist, dass sich überhaupt jemand der Steuerhinterziehung schuldig macht.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Ebenso inakzeptabel ist, dass der Regierende Bürgermeister davon mehr als anderthalb Jahre Kenntnis hatte, ohne rechtliche und politische Konsequenzen zu ziehen – aber da sagen Sie die Unwahrheit oder Sie irren sich.

[Zurufe]

Selbstverständlich gilt für uns – und da sind wir, glaube ich, einig – vor dem Gesetz Gleichheit. Und selbstverständlich haben hier die Behörden, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte, eine Ermessensentscheidung getroffen, die zur Verfahrenseinstellung führte. Selbstverständlich – und das ist der Punkt – hat der Regierende Bürgermeister sein Ermessen ausgeübt und eine, wie wir finden, vertretbare Entscheidung getroffen, indem er gesagt hat: Wenn eine Einstellung nach § 153a vorliegt, dann bin ich gemäß §§ 17, 14 und – Herr Kollege Lederer – 21, Absatz 2 unseres Disziplinargesetzes gehindert, im Sinne der Doppelbestrafung ein Disziplinarverfahren durchzuführen. – Das gilt eben in beide Himmelsrichtungen, und das müssen Sie akzeptieren.

Es kommt darauf an, dass Sie in diesem schwierigen Vorgang auch unsere Position erfahren dürfen: Die SPD-Fraktion respektiert den Schritt des Staatssekretärs für sein persönliches, offensichtliches Fehlverhalten, das bisher zu keinem Schuldspruch geführt hat, das aber eingeräumt ist und die Konsequenz hatte, aus dem Amt zu scheiden.

Vizepräsident Andreas Gram:

Sie müssen zum Ende kommen, Kollege!

Torsten Schneider (SPD):

Ich komme sofort zum Ende, Herr Präsident! – Wir hätten uns allerdings gewünscht – und das ist mein Appell –, dass wir zu einem Verfahren gefunden und die Kraft aufgebracht hätten, dem ansonsten sehr wertgeschätzten Staatssekretär die Möglichkeit einzuräumen, am Folgetag, am Dienstagmorgen, die Entscheidung allein zu verkünden.

[Zurufe]

Ich finde es sehr schwierig, wenn medial veröffentlicht der Eindruck erweckt wird, es gebe in dieser Frage keine selbstbestimmte Entscheidung.

[Zuruf von Ramona Pop (GRÜNE)]

– Ich finde es auch sehr schwierig, wenn sich diverse Parteigremien mit solchen Dingen befassen sollen, Frau Kollegin Pop! Das gilt ausdrücklich auch für Ihre Partei! – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]